Wahlgeometrie in mehreren Dutzend Kreisen die meisten Stimmen erhielt, kaum wieder ihre 26 Mandate erreichen, die sie in der vergangenen Kammer, schon damals durch ein reaktionäres Wahlgesetz behindert, erhalten hatte, obgleich sie wie gesagt, ihre Stimmenanzahl seither noch um eine Viertelmillion erhöht hat.

Diese Tatsache ist so offenkundig, daß selbst die bürgerliche Presse an ihr nicht ganz vorbeigehen kann. So schreibt z. B. die Germania:

„Wenn auch der Ausgang des 1. Wahltages von den Poincaré-Parteien mit gewisser Genugtuung aufgenommen wurde, so weist man in den gleichen Kreisen auf die beängstigende Tatsache hin, daß die Kommunisten zwar im ersten Wahlgange keine Sitze erreicht haben, aber . . . trotz voraussichtlicher Mandatsverluste eine Stimmenzahl von ca. 1 Million, das heißt 25 Prozent mehr, als in den vergangenen Wahlen erreicht haben. Auf welche bedrohliche Höhe die Zahl der kommunistischen Stimmen bis heute gestiegen ist, geht daraus hervor, daß die Kommunisten in Paris und Umgebung allein 25 Prozent aller Stimmen auf sich zu vereinigen verstanden haben. Auch auf dem Land und in der Provinz wurde durchschnittlich der zehnte Teil der Stimmen für die Kommunisten

Cachin
einer der Führer unserer französischen Bruderpartei

Nebenstehend:
Léon Blum, *der durchgefallene Führer der SPF*

abgegeben. Dieser Umstand trügt um so mehr den Optimismus der Rechtsparteien, als die Losung der diesjährigen Wahlen, soweit man von einer solchen überhaupt sprechen kann, gegen den Kommunismus lautete."

Die Germania hätte noch anführen können, daß der tatsächliche Einfluß unserer Partei noch weit stärker ist, als er in den angeführten Ziffern zum Ausdruck kommt, mehrere Millionen ausländischer Arbeiter haben kein Wahlrecht, die Frauen und ein Teil der Jugendlichen von der Wahl ausgenommen, usw. Und was noch wichtiger ist, nicht nur in Paris und Umgebung — in allen Industriegebieten ist die KPF auf dem Vormarsch. Sie gewann im Norddepartement (Lille-Roubaix) 10 000 Stimmen, im Kohlengebiet von Pas-de-Calais 15 000 Stimmen, 20 000 Stimmen in der Loire, 15 000 Stimmen im Elsaß usw. In allen diesen Gebieten gewann sie fast ausschließlich Arbeiterstimmen aus dem sozialistischen Lager. Die Sozialisten wiederum zogen einen Teil der Arbeiter an, die bisher mit der linksbürgerlichen Heriotpartei gegangen waren. Auch in Frankreich beweist schon der erste Wahlgang alles andere als einen Rechtssieg. Obgleich die neue Kammer eine große Mehrheit von Imperialisten der Poincaré-Richtung aufweisen wird, obgleich die linksbürgerlichen Parteien sich unter die Fittiche der Großbourgeoisie begeben haben und die bisherigen radikalen Traditionen des französischen Kleinbürgertums aufgaben, obgleich die französischen Sozialisten haltlos zwischen offener Koalitionspolitik mit den Bürgerlichen und linker Geste vor den Arbeitern hin und her schwanken, zeigt doch die sonntägige Abstimmung, daß die Massen auch in Frankreich nach links gehen. Man darf nicht vergessen, daß in Frankreich, das zum Unterschied von Deutschland keine großen organisierten Parteien kennt, Millionen von Wählern in der Provinz vor allem, kleinbürgerlichen Kandidaten ihre Stimme gaben, die vor den Wählern radikaler auftraten, als etwa die Sozialisten. Früher oder später wird dieser Teil der Werktätigen auch von den letzten Versprechungen enttäuscht, ins Lager der Kommunisten übergehen, deren klare Klassenfront heute schon einen entscheidenden Teil der Arbeiterklasse mobilisiert hat, und trotz der grundsätzlichen kompromißlosen Propaganda, oder besser gesagt, gerade durch diese klare Linie eine revolutionäre Millionenfront aufgerichtet, eine großartige Demonstration für den Kommunismus zustande gebracht hat.

Reformisten dingen Einbrecher gegen die KPD!

Im Parteigebäude der KPD Königsberg abgefaßt

In Königsberg wurde das Bureau der KPD wiederholt von Einbrechern aufgesucht. Endlich ist es einem unserer Genossen gelungen, in der Nacht vom Sonnabend dem 21. April zum Sonntag dem 22. April einen der Einbrecher zu überraschen und festzuhalten. Es ist dies ein gewisser Bruno Mischkowski, der bereits ins Parteibureau eingedrungen war und verschiedene Rundschreiben sowie für 30 Mark Briefmarken an sich genommen hatte. Er wurde von wachehaltenden Genossen überwältigt, es wurde ihm das gestohlene Material, ein Revolver sowie eine ganze Kollektion Einbrecherwerkzeuge, wie Dietriche, Sicherheitsschlüssel, Schraubenzieher, eine Zange usw. abgenommen.

Als er sich erledigt sah, machte dieser Mischkowski ein geradezu sensationelles Geständnis, das durch amtliche Ausweise, die der Bursche mit sich führte, erhärtet wurde. Mischkowski arbeitete gleichzeitig im Auftrage der sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer wie für das Königsberger Polizeipräsidium. Sein Waffenschein war unterschrieben von dem sozialdemokratischen Königsberger Polizeipräsidenten Brandt.

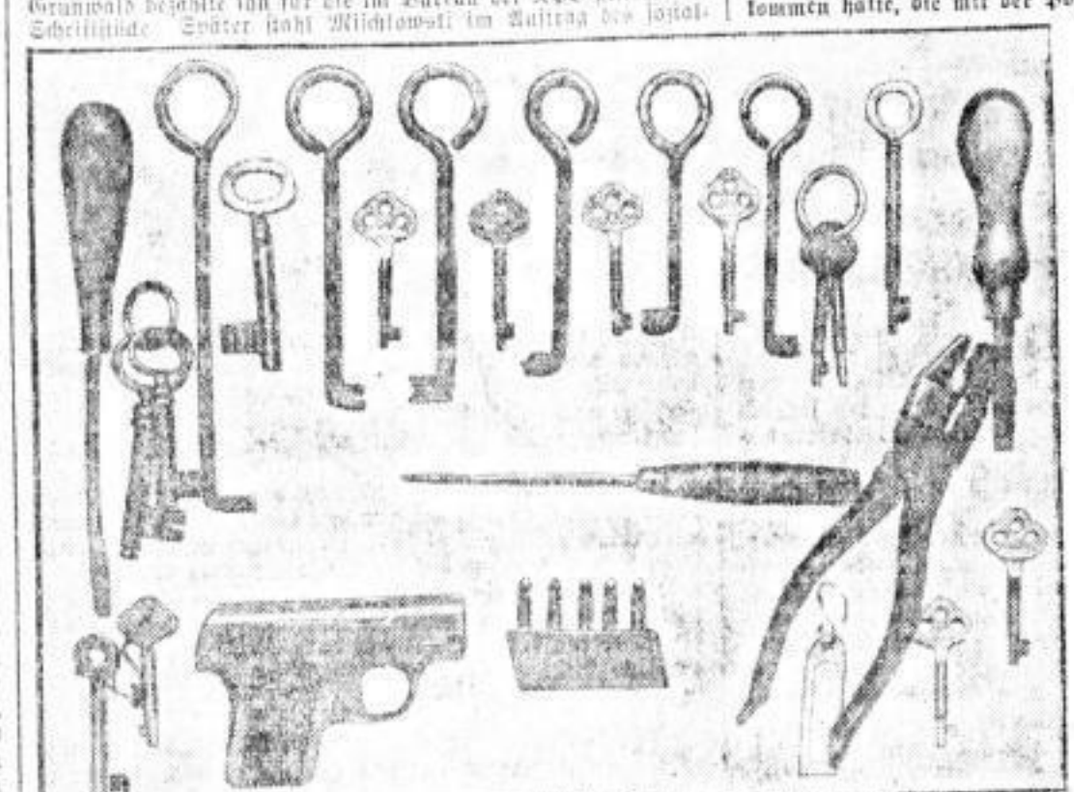
Mischkowski wurde vor einigen Jahren von dem sozialdemokratischen Polizeipräsidenten als Spitzel gegen die KPD engagiert. Mischkowski hatte auch versucht, in die KPD einzudringen, er wurde jedoch nach kurzer Zeit entlarvt und hinausgeworfen.

Daraufhin verlegte sich Mischkowski auf den Einbruchsdiebstahl und wurde zu diesem Zweck von den sozialdemokratischen Angestellten des DMV Grunwald und Liebert engagiert. Grunwald bezahlte ihn für die im Bureau der KPD gestohlenen Schriftstücke. Später stahl Mischkowski im Auftrag der sozialdemokratischen Angestellten des Gemeinde- und Staatsarbeiterverbandes Meißner, eine Mappe Gewerkschaftsmaterial bei dem kommunistischen Vorsitzenden des Staats- und Gemeindearbeiter-Verbandes, dem Genossen Schütz. Bei einer Verhandlung mit dem DMV-Angestellten Grunwald war der vom Vorstand des Einheitsverbandes der Eisenbahner nach Königsberg geschickte Bevollmächtigte Preuß zugegen. Diese Gewerkschaftsangestellten beauftragten ihn, weiteres Material zu beschaffen. Die gestohlenen Schriftstücke erhielt Mischkowski nach einiger Zeit von den sozialdemokratischen Gewerkschaftsangestellten zurück, worauf er sie im Königsberger Polizeipräsidium ablieferte. Die gerichtlichen Verhandlungen gegen Mischkowski werden zweifellos noch viele sensationelle Einzelheiten zutage fördern.

Mischkowski ist also ein Mitglied der Einbrecherbande, die — natürlich unbehelligt von der Polizei — in den Räumen der KPD und des „Echo des Ostens" Schriftstücke stahl. **Er überbrachte so den Gewerkschaftsführern u. a. den Briefwechsel der Bezirksleitung mit dem ZK der KPD, der zwar nichts enthielt, was das Licht der Oeffentlichkeit zu scheuen hätte, der aber von den sozialdemokratischen Gewerkschaftsführern, gehörig „ausgeschmückt", in der Presse ausgeschlachtet wurde.** Dieses Material wurde auch als Vorwand benutzt für die gewerkschaftszerstörende Spaltungstätigkeit der Reformisten. Das Infamste aber ist folgendes: Als das Echo des Ostens feststellte, daß das Material, das in der SPD-Presse erschien, **nur von den Einbrechern geliefert sein könne**, behauptete das sozialdemokratische Blatt, **daß es die Schriftstücke von solchen Kommunisten zugestellt bekommen hätte, die mit der Politik der KPD nicht mehr einverstanden seien.** Es war also der infame Versuch, Verwirrung in die Reihen der KPD zu tragen, den wir überall beobachten können, wo SPD-Zeitungen durch die Polizei oder auf ähnlichem Wege in den Besitz kommunistischer Schriftstücke gekommen sind.

Jetzt ist der Beweis geliefert, **daß die sozialdemokratischen Führer den Kampf gegen die KPD nicht nur mit Hilfe der Polizei, sondern auch mit berufsmäßigen Kriminalverbrechern führen.** Jeder ehrlich denkende Arbeiter wird sich mit Verachtung von einer Partei abwenden, die politisch von Verrat zu Verrat schreitet und den Kampf gegen die einzige Klassenkampfpartei des Proletariats mit verbrecherischen Mitteln führt. **Am 20. Mai ist Gelegenheit, mit einer Führerclique abzurechnen, die nicht davor zurückschreckt, das Verbrechen in ihren Dienst zu stellen, wenn es gegen die klassenbewußte Arbeiterschaft geht.**

Deshalb alle Arbeiterstimmen der Liste 5, der KPD.



Die geistigen Waffen der SPD
Einbruchswerkzeuge

DMV-Föller als Wahlredner bei Seidel und Naumann

In der Betriebsversammlung der streikenden Belegschaft von Seidel u. Naumann am 20. April im Volkswohlsaal referierte der 1. Bevollmächtigte des DMV Föller, über den Stand der Lohnbewegung. Die ganze Rede zeigte, außer einem warmen Verständnis für die „schwere" Aufgabe des Schlichters Hagd, seine Sympathie für die Schlichtungsordnung, die ihre höchste Steigerung darin fand, daß er erklärte:

„Wenn die Schlichtungsordnung fällt, so wird die Arbeiterschaft es sein, die zuerst dieselbe wieder fordern wird."

Nun, die Arbeiterschaft ist über diese Guillotine ihrer Kämpfe bestimmt anderer Meinung. Dies wurde unter anderem in der Diskussion vom Koll. Rentsch deutlich zum Ausdruck gebracht. Dieser hob besonders hervor, daß die Arbeiterschaft nur dann zu wirklichen Erfolgen kommen werde, wenn sie zugleich mit dem Ringen um Lohn und Arbeitszeit den rücksichtslosen Kampf gegen diese Schlichtungsordnung und darüber hinaus gegen die Verbindlichkeitserklärung durchführt. Ferner unterzog er die Ausführungen Händels betreffs Urabstimmung (Händel hatte in einer Vertrauensleuteversammlung erklärt, daß eine Abstimmung der Generalversammlung über Beendigung des Streiks die Urabstimmung ersetze) einer Kritik und forderte die Anwendung des statutarisch festgelegten Rechtes der Verbandsmitgliedschaft. Koll. Rentsch schloß mit der Forderung, die **organisierte Macht der Arbeiterschaft endlich einmal anzuwenden und den Streik auf die lebenswichtigen Betriebe auszudehnen,** nur dadurch ist es möglich, eine Niederlage der sächsischen Metallarbeiter zu verhindern und einen vollen Sieg zu erkämpfen.

Im Schlußwort entwertete Föller weniger mit der Kraft seiner Argumente gegen diese oppositionelle Stellungnahme, sondern vielmehr mit einer stärkeren Anstrengung seiner Stimmbänder. Auf die Frage der Urabstimmung ging er überhaupt nicht ein. Er schloß mit der Aufforderung: „Kollegen, am 20. Mai habt ihr es in der Hand, die Machtverhältnisse so zu gestalten, daß eine Umänderung, sowie eine bessere Anwendung der Schlichtungsordnung ermöglicht wird. Deshalb wählt am 20. Mai entweder SPD oder KPD."

Man kann wohl kaum glauben, daß Leute, wie Föller, über diese Frage nicht im klaren sind, und muß deshalb diese Art der Argumentation nur als einen Versuch der DMV-Führung ansehen, den Willen der Arbeiterschaft zum Kampf in parlamentarische, bürgerlich-demokratische Bahnen abzulenken.

Nun noch eine Anfrage an die Ortsverwaltung des DMV: Was ist aus dem Antrag geworden, der die Durchführung von Demonstrationen forderte und am 14. April in der Betriebsversammlung von S. u. N. vom Koll. Teuber nicht zur Abstimmung gebracht wurde, mit der Begründung, daß diese Frage zur Ortsverwaltungssitzung am Montag dem 16. April als Tagesordnungspunkt zur Behandlung stehe? Da dies nicht geschehen ist, müssen wir uns fragen: Soll dies aufgefaßt werden als Trick der reformistischen Verbandsfunktionäre, Willensäußerungen der Mitgliedschaften zu verhindern? Oder will die Ortsverwaltung warten bis der Kampf vorbei ist, um dann einen Ausflug in die Baumblüt zu unternehmen?

Arbeiter! Arbeiterinnen! Laßt euch durch diese reformistischen Wahlmanöver nicht ablenken vom Kampf, denn die Metallarbeiterbewegung hat die größte Bedeutung als Aktion gegen den Bürgerblock. Dieser aber hat nur einen wirklich ernsthaften und unerbittlichen Gegner: die Kommunisten.

Entscheidet euch am 20. Mai für die einzige Partei, die rücksichtslos gegen die Ausbeuter ankämpft:

für die Liste 5 der KPD!

Ein neuer Anschlag gegen Max Hoelz

Die Klassenjustiz vertuscht ihre Verbrechen — Das Verfahren gegen Friehe eingestellt

Berlin. Der „amtliche preußische Pressedienst" teilt mit, daß die Strafkammer in Halle entsprechend dem Antrage der Staatsanwaltschaft durch Beschluß vom 23. April 1928 den Arbeiter Erich Friehe von der Anschuldigung des (gemeinschaftlich mit anderen begangenen) Totschlags an dem Gutsbesitzer Heß aus dem tatsächlichen Grunde **des mangelnden Beweises außer Verfolgung gesetzt,** weil die Angaben des angeschuldigten Friehe über seine Beteiligung an der Erschießung des Heß durch die Voruntersuchung **in so vielen wesentlichen Punkten widerlegt worden seien, daß ein hinreichender Tatverdacht nicht vorliege.**

Diese lakonische Mitteilung der Preußenregierung bedeutet nichts anderes, als daß man nach wie vor der Befreiung des Genossen Max Hoelz aus dem Zuchthaus alle Schwierigkeiten in den Weg legen will. Genau wie die sozialdemokratischen Führer eine weitgehende Amnestie der proletarischen Gefangenen verhindert haben, genau in derselben Linie arbeitet die preußische Koalitionsregierung in der Frage der Freilassung des Genossen Max Hoelz. Daß es nämlich zu dem oben mitgeteilten Beschluß gegenüber dem Bergmann Erich Friehe kommen konnte, ist auf folgende Tatsache zurückzuführen, die das Berliner Tageblatt heute im Kommentar zu der obigen Mitteilung des „Preußischen Pressedienstes" bekanntgibt: Demnach hat der Verteidiger des Genossen Hoelz, Rechtsanwalt Dr. Apfel, der auch das Mandat für Friehe innehat, vor einigen Tagen beantragt, die Bearbeitung des Falles Friehe der Staatsanwaltschaft in Halle abzunehmen und einer anderen Staatsanwaltschaft zu übertragen. Dieser Antrag findet seine Begründung darin, daß der jetzige Leiter der Staatsanwaltschaft in Halle Oberstaatsanwalt Luther, auch seinerzeit im Verfahren gegen Hoelz eine wichtige Rolle gespielt hat. Er soll durch objektiv falsche Darstellungen wesentlich zu dem Fehlurteil gegen Hoelz beigetragen haben, und das Verfahren gegen Friehe hätte hinreichend Gelegenheit geboten, diese Vorwürfe gegen Luther eingehend zu untersuchen. — Man braucht sich also nicht darüber zu wundern, daß die Staatsanwaltschaft Halle kein Interesse an einer Wiederaufnahme des Hoelz-Prozesses und einem Prozeß Friehe hat.

Zur Sache selbst wird uns noch mitgeteilt: Dieser Einstellungsbeschluß bedeutet, daß man auf Wunsch der Staatsanwaltschaft des Klassengerichts, die Bemühungen der Verteidigung, die Angelegenheit Friehe in öffentlicher Gerichtsverhandlung klarzustellen, zu vereiteln sucht.

Entgegen den Meldungen über die bevorstehende Eröffnung des Wiederaufnahmeverfahrens müssen die Arbeiterschaft und darüber hinaus alle über die politischen Justizmandate Empörten damit rechnen, daß sich die deutsche Klassenjustiz in dem Fall Hoelz-Friehe zu überbieten sucht. Wenn selbst in Leipzig der Oberreichsanwalt dem Antrag auf Eröffnung einer Untersuchung zur Vorbereitung des Wiederaufnahmeverfahrens zustimmen sollte, und das Reichsgericht dem beitritt, so hat der preußische Teil der Klassenjustiz in Halle bereits mit dieser Einstellung die Kulisse vorbereitet, **hinter der die Klassenjustiz ihre Verbrechen im Ermittlungsverfahren gegen Hoelz zu decken sucht.**

Das gesamte deutsche Proletariat und darüber hinaus die proletarischen Massen aller Länder müssen sich im Verein mit allen, welche diese Justizschmach nicht dulden wollen, zu einem Kampf und Sturm vereinen, **der erzwingt, daß trotz aller Bemühungen dieser juristischen Dunkelmänner die Wahrheit im Falle Hoelz-Friehe siegt.**

Zuchthausurteil in Hamburg

Hamburg, 25. April. (Eigene Drahtmeldung.)

Im Hamburger „Aufruhrprozeß" wurden gestern gegen 17 revolutionäre Arbeiter vom Oberstaatsanwalt Strafanträge auf insgesamt 20 Jahre 2 Monate Zuchthaus und 20 Jahre 6 Monate Gefängnis gestellt. Gegen einzelne angeklagte Arbeiter wurde eine Zuchthausstrafe von 5 und 3 Jahren beantragt, obwohl die Beweisaufnahme den skandalösen Spitzel und Lockspitzelumpf der Hamburger Koalitionspartei aufdeckte, aber feststellen konnte, daß keiner der Angeklagten bei den Zusammenstößen anläßlich der Sacco-Vanzetti-Demonstration einen Polizeibeamten tötete.

Maifeiertag in Braunschweig

Hannover, 25. April. (Eigene Drahtmeldung.)

Der Braunschweiger Landtag hat einen kommunistisch-sozialdemokratischen Antrag, den 1. Mai als gesetzlichen Feiertag zu erklären, in erster und zweiter Lesung angenommen.

Kein Maifeiertag in Schwerin

Schwerin, 25. April. (Eigene Drahtmeldung.)

Der Schweriner Landtag lehnte einen von Kommunisten und Sozialdemokraten gestellten Antrag, den 1. Mai als gesetzlichen Feiertag zu erklären, mit 34 gegen 26 Stimmen ab.

Wieder ein schweres Verkehrsunglück in Berlin

Autobus umgestürzt — 5 Schwer-, zahlreiche Leichtverletzte

TU. Berlin, 24. April. **Wie die Abendblätter melden, ist Berlin abermals von einem schweren Verkehrsunglück betroffen worden. In der Schönhauser Allee, im Norden Berlins, zwischen dem Straßenabschnitt Danziger und Gleimstraße, dicht am Hochbahnhof Danziger Straße, stürzte gestern gegen 12 Uhr ein mit etwa 15 Fahrgästen besetzter Autobus der Linie 9 um. Fünf Personen wurden schwer und mehrere leicht verletzt.**

Schweres Explosionsunglück

Grossenhain, 24. April. Am Montagvormittag explodierte im Vorwerk Stroga der Destillierapparat im Brennereigebäude. Die brennende Maische wurde herausgeschleudert, und durch sie wurden der Brennmeister Gustav Walter und der Arbeiter Hermann Bergmann so schwer verbrüht, daß für ihr Leben gefürchtet werden muß. Das Dach der Brennerei wurde zerstört und auch das Mauerwerk stark beschädigt.

Um den Start der Bremen

Neuyork, 24. April. (Telunion.)

Nach einer Meldung aus Washington gab die Regierung besondere Vorschriften für den Flugverkehr bei der Ankunft der Bremen aus, wonach nur Militärflugzeuge in der Nähe der Bremen fliegen dürfen, während zwischen Bremen und anderen Flugzeugen mindestens eine halbe Meile Abstand sein muß.

Soweit dürftige Meldungen erkennen lassen, ist die Bremen bisher wohl flugbereit, doch verhindern Schneestürme und starke Winde den Start.

Maiflugblätter

müssen heute von allen Stadtteilen im Sekretariat, Columbusstraße 9, abgeholt werden! gg.